

Wortbeitrag von Johannes Müllerschön (Grüne-ödp-Linke) auf der
Regionalverbandsversammlung am 13.12.19 in Schwäbisch Hall zum TOP 5
„Änderung der Verordnungen über die Naturparke ...“

Sehr geehrte Herren Scholz und Mandel,

sehr geehrte Damen und Herren,

in Zeiten von lebendigen Fridays for future Aktionen und breit geführten gesellschaftlichen Klimaschutzdebatten steigen die Ansprüche auch und gerade an den Regionalverband. Als ich, als regionalplanerischer Laie, die Überschrift las zur „Änderung der Verordnungen über die Naturparks“ in der Region dachte ich mir – endlich, da will jemand was Gutes tun. Einen echten Ausgleich schaffen für die flächenzehrende Gewerbeansiedlungen im Zabergäu für die Firma Layer, in Bad Wimpfen und Bad Friedrichshall für die Dieter Schwarz Gruppe, in Möckmühl für ein ECE Logistikzentrum und für viele Flächen mehr, die wir zur Zeit unwiderruflich der Natur und der Landwirtschaft entreißen.

Eine Ausweitung der beiden Naturparks kann ja nur positiv heißen, da wird die Natur besser und nachhaltiger geschützt vor übermäßigem Flächenfraß – dachte ich zunächst wie gesagt.

Beim Durchlesen der umfangreichen Vorlage (VV 10/28) und aber auch in unserer Fraktionssitzung bekamen wir dann aber den Eindruck es geht gar nicht um die Schutzwürdigkeit und Unantastbarkeit von Nationalparks, sondern im Gegenteil, es geht um sehr zahlreiche Umgehungsmöglichkeiten und um Ausnahmeregelungen. Nicht nur in der jetzigen Änderung, sondern wohl schon viel früher, wurden die Schutzziele von

Naturparks drastisch reduziert, zu Gunsten zum Beispiel der kommunalen Bauleitplanung, die Vorrang erhielt.

Der Vorschlag der Verwaltung, weitere Verfahren vom „Erlaubnisvorbehalt freizustellen“ sehen wir als kontraproduktiv für Natur- und Klimaschutz, gerade auf den Flächen von Nationalparks.

Eine Gleichsetzung der Trassen für eine Umgehungsstraße (L1103 Südumgehung Pfaffenhofen) mit der Trasse der Stadtbahn (Zaberfeld-Heilbronn) empfinden wir unter Natur- und Klimagesichtspunkten für befremdlich. Natürlich wollen wir eine rasche Umsetzung der Zabergäubahn gerade auch aus Umwelt- und Klimaschutzgründen. Umgehungsstraßen sehen wir unter diesem Gesichtspunkt eher kontraproduktiv. Die vorliegend formulierten Bedenken der Verwaltung mögen unter verbandstechnischen und verwaltungsjuristischen (Gleichheits-) Gesichtspunkten schlüssig sein, aus Klima- Natur- und Landschaftsschutzgründen können Sie uns nicht überzeugen, deshalb stimme ich dagegen.

Ein stupides „Weiter so“ beim Flächenverbrauch kann weder die Klimaproblematik, noch den Bedarf an guten Arbeitsplätzen, noch kommunale Entwicklungsdefizite lösen. Da sind neue Wege gefragt, die ich Ihnen aber heute auch nicht vorstellen kann. Vielleicht schaffen wir es ja gemeinsam diese gewaltigen Interessensgegensätze fair auszugleichen und richtig zu priorisieren.

(es gilt das gesprochene Wort)